



Inhalt

Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendler-einkommen und Sozialtransfers
Seite **141**

Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendlereinkommen und Sozialtransfers

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Die Einkommensunterschiede zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland sind – gemessen an den Primäreinkommen je Einwohner – seit Mitte der 90er Jahre größer geworden. Zugleich hat das Pendeln von Arbeitskräften – insbesondere von Ost nach West sowie innerhalb der neuen Bundesländer – zugenommen, wodurch die regionalen Unterschiede beim verfügbaren Einkommen spürbar gemindert wurden. Des Weiteren hat es einen starken regionalen Einkommensausgleich über die Einkommensbesteuerung und insbesondere über die Sozialtransfers gegeben. Das gilt vor allem für die neuen Bundesländer, wo bei reichlich zwei Dritteln der Kreise das durch wirtschaftliche Aktivitäten erzielte Einkommen geringer ist als das verfügbare Einkommen. In allen neuen Ländern machen Sozialtransfers mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens aus; sehr stark ist dieser Anteil in Berlin gestiegen. Zusammen mit dem vermehrten Pendeln von Arbeitnehmern hat dies dazu geführt, dass die verfügbaren Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland regional mittlerweile nahezu gleich verteilt sind. In den alten Bundesländern ist die regionale Ungleichheit etwas stärker ausgeprägt.

Innerhalb der einzelnen Flächenländer fällt die regionale Einkommensungleichheit unterschiedlich aus. Am größten ist sie in Bayern, wo die regionalen Unterschiede allerdings in starkem Maße – wie auch in Rheinland-Pfalz und in Hessen – durch Pendler gemindert werden. Am geringsten ist die Einkommensungleichheit in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Regionalpolitik in Deutschland ausgleichsorientiert

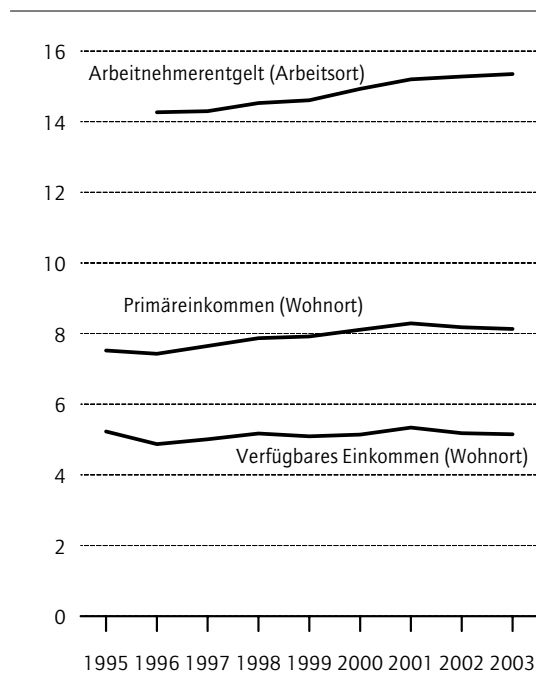
Fragen regionaler Einkommensverteilung haben in Deutschland eine lange Tradition. Dies hängt auch damit zusammen, dass in Artikel 72 des Grundgesetzes die Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ innerhalb des Landes genannt wird, was Ausdruck der Vorstellung war, dass die Wirtschaftskraft und damit die Einkommen in den Regionen annähernd gleich verteilt sein sollten. Als nach dem Wiederaufbau-Boom Ende der 50er Jahre deutlich wurde, dass manche Regionen zurückblieben, kam es zu ersten regionalpolitischen Maßnahmen.¹ Ende der 60er Jahre folgte die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der

¹ Etwa das Zentrale-Orte-Programm.

Abbildung 1

Entwicklung regionaler Einkommensungleichheit zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten

Hoover-Ungleichheitskoeffizient in %



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2006

regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), mit der ein für die deutsche Regionalpolitik bis heute gültiger Rahmen geschaffen wurde. Im Zusammenhang mit der Verteilung der dabei gewährten Subventionen wurde immer wieder darüber debattiert, welche Regionen als ökonomisch rückständig gelten und welche Kriterien dabei heranzuziehen sind.²

Mit der deutschen Vereinigung kam es dann zu einem scharfen Einschnitt bei der GRW, denn die Ostdeutschland von der Politik versprochene Einkommensangleichung an die alten Bundesländer machte es erforderlich, dort eine neue Wirtschaftsbasis zu schaffen. Entsprechend wurden die Mittel für die GRW stark ausgeweitet,³ und es erfolgte eine massive Umschichtung des Fördervolumens hin zu den neuen Bundesländern.

Auch wegen der politischen Versprechen war nach der Wende die Einkommensforschung vor allem auf die Anpassungsdynamik Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland ausgerichtet.⁴ Als gegen Mitte der 90er Jahre aber deutlich wurde, dass wegen der nicht rasch überwindbaren Unterschiede bei der Wirtschaftskraft zwischen den alten und den neuen Bundesländern eine Angleichung der Einkommen in weite Ferne gerückt war, wur-

de der Blick mehr und mehr auf soziale Gruppen oder auf unterschiedliche Haushaltstypen gerichtet, wobei fast immer auch Unterschiede zwischen Ost und West thematisiert wurden. Vor allem die Armutsforschung gewann an Bedeutung, was auch deshalb nicht verwunderlich ist, weil ihr von der Politik unter den sozialwissenschaftlichen Fragen ein hoher – auch analytischer – Stellenwert eingeräumt wurde.⁵

Im Folgenden soll die Perspektive wieder einmal auf die regionale Verteilung und Entwicklung der Einkommen gerichtet sein. Im Vordergrund stehen dabei die Einkommen und deren Diskrepanzen zwischen den Landkreisen, den Bundesländern und Deutschland insgesamt.

Ausmaß der Unterschiede zwischen den Kreisen hängt stark von der Art der Einkommen ab

Die Unterschiede zwischen den Kreisen sind beim Primäreinkommen je Einwohner erheblich. Beim Spitzenreiter – dem Hochtaunuskreis bei Frankfurt am Main – war es 2003 mehr als dreimal so hoch wie beim Schlusslicht, dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz (Tabelle 1). Seit Mitte der 90er Jahre hat sich der Abstand zwischen den Kreisen am oberen und unteren Ende der Skala noch etwas vergrößert, wobei es nicht immer dieselben Landkreise waren. Deutlich kleiner ist dagegen der Abstand bei den verfügbaren Einkommen; er hat eher etwas abgenommen.

² Vgl. hierzu etwa Helmut Karl unter Mitarbeit von Helmut Krämer-Eis: Entwicklung der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland. In: Hans Hermann Eberstein und Helmut Karl (Hrsg.): Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung. 56. Ergänzungslieferung, Köln 2005; Karl Brenke: Erfolge und Defizite für ein ausgewogenes regionales Wachstum. Was kann Korea aus den deutschen Erfahrungen lernen? In: Center for Local Autonomy. Hanyang University, Friedrich-Naumann-Foundation (Hrsg.): Decentralization and Balanced Regional Development in the 21st Century. Seoul 2003, S. 28 – 38.

³ Wurden von 1972 bis 1989 insgesamt reichlich 6 Mrd. Euro an GRW-Mitteln ausgegeben, waren es von 1991 bis 2004 mehr als 50 Mrd. Euro, davon 35 Mrd. Euro an Investitionssubventionen für Unternehmen und 19 Mrd. Euro für Infrastrukturmaßnahmen.

⁴ Vgl. Johannes Schwarze und Birgit Parakenings: Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland 1989/90. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/1991; Joachim Frick, Richard Hauser, Klaus Müller und Gert Wagner: Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit in ostdeutschen Privathaushalten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 6/1993.

⁵ Siehe insbesondere die regelmäßige Armutsberichterstattung der Bundesregierung sowie eine Reihe von Analysen auf Basis des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Sozialforschung München erhobenen sozio-ökonomischen Panels (SOEP), z. B. Joachim R. Frick, Jan Goebel, Markus M. Grabka, Peter Krause, Andrea Schäfer, Ingrid Tucci und Gert G. Wagner: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland: Starke Reduktion der arbeitsmarktbedingten Ungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005; Ingrid Tucci und Gert G. Wagner: Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen: Armut häufig mit Unterversorgung in anderen Lebensbereichen gekoppelt. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2005; Markus M. Grabka und Peter Krause: Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2005.

Tabelle 1

Entwicklung der Einkommen in den Landkreisen mit dem geringsten und dem höchsten Einkommen

	Kreis mit dem				Relation des Einkommens im Kreis mit dem höchsten zum Kreis mit dem geringsten Einkommen
	geringsten Einkommen		höchsten Einkommen		
	Landkreis	Euro je Einwohner und Jahr	Landkreis	Euro je Einwohner und Jahr	
Primäreinkommen					
1995	Aue-Schwarzenberg	9 598	Starnberg	27 924	2,9
1996	Löbau-Zittau	9 916	Starnberg	29 196	2,9
1997	Löbau-Zittau	10 047	Starnberg	30 985	3,1
1998	Löbau-Zittau	10 311	Starnberg	33 328	3,2
1999	Löbau-Zittau	10 472	Starnberg	34 328	3,3
2000	Löbau-Zittau	10 636	Starnberg	35 017	3,3
2001	Löbau-Zittau	10 769	Hochtaunuskreis	35 694	3,3
2002	Löbau-Zittau	10 884	Hochtaunuskreis	35 493	3,3
2003	Oberspreewald-Lausitz	11 026	Hochtaunuskreis	35 633	3,2
Veränderung 2003 gegenüber 1995 in %		14,9		27,6	x
Verfügbares Einkommen					
1995	Uecker-Randow	9 301	Starnberg	21 514	2,3
1996	Uecker-Randow	10 043	Starnberg	22 460	2,2
1997	Kyffhäuserkreis	11 005	Starnberg	23 823	2,2
1998	Demmin	11 246	Starnberg	25 341	2,3
1999	Demmin	11 624	Starnberg	25 882	2,2
2000	Uecker-Randow	11 938	Starnberg	25 882	2,2
2001	Uecker-Randow	12 149	Starnberg	26 335	2,2
2002	Uecker-Randow	12 380	Starnberg	25 936	2,1
2003	Uecker-Randow	12 701	Starnberg	26 207	2,1
Veränderung 2003 gegenüber 1995 in %		36,6		21,8	x

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Sehr viel geringer sind die Unterschiede, wenn nicht nur die Kreise am oberen und am unteren Ende der Skala, sondern alle Landkreise und kreisfreien Städte in die Betrachtung einbezogen werden. Beim Primäreinkommen ergibt sich für 2003 gerade einmal ein Wert des Hoover-Ungleichheitskoeffizienten⁶ von 8 %, beim verfügbaren Einkommen sind es sogar nur etwa 5 % (Abbildung 1). Die Ungleichheit zwischen den Kreisen hat von 1996 bis 2001 zugenommen, danach ging sie zurück. Dabei dürfte die konjunkturelle Entwicklung eine Rolle gespielt haben, denn ab 1996 gab es tendenziell eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung, der danach eine Abschwächung folgte. Ähnliches ist bei der Entwicklung der verfügbaren Einkommen zu sehen, allerdings weniger ausgeprägt. Vielmehr scheint hier das Ausmaß der Ungleichheit eher zu stagnieren. Ganz anders war dagegen die Entwicklung bei den Arbeitnehmerentgelten nach dem Arbeitsort- oder

nach dem Inlandskonzept. Hier hat die Ungleichheit zwischen den Kreisen seit Mitte der 90er Jahre stetig zugenommen – und sie ist deutlich größer als bei den Primäreinkommen und erst recht größer als bei den verfügbaren Einkommen. Aus all dem lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- Offenkundig nehmen die regionalen Divergenzen hinsichtlich der Wirtschaftsleistung zu, wie der Zuwachs bei der Ungleichheit der Arbeitnehmerentgelte nach dem Inlandskonzept signalisiert.
- Einkommensunterschiede zwischen den Regionen werden in erheblichem Maße durch das Pendeln der Arbeitnehmer ausgeglichen, worauf die Differenz der Hoover-Ungleichheitskoeffizienten

⁶ Zur Erklärung dieser Kennziffer siehe Kasten.

Kasten

Datengrundlage und Methode

Üblicherweise werden in der Einkommensforschung Individualdaten etwa aus Haushaltsumfragen verwendet. Für eine tiefgehende regionale Gliederung sind die einschlägigen Datensätze wegen der dann geringen Fallzahlen aber wenig tauglich.¹ Deshalb wird hier auf die Daten der regionalen amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zurückgegriffen. Diese weist für die Zeit ab Mitte der 90er Jahre bis zum Jahr 2003 Angaben über die Einkommen aus; längere Zeitreihen gibt es nicht, was auch an Gebietsreformen liegt.

Für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte liegen Angaben über das Primäreinkommen (mitunter auch als Markteinkommen bezeichnet) vor, also über die Einkommen vor Steuern und Sozialabgaben, die aufgrund wirtschaftlicher Tätigkeit erzielt werden, sowie über das verfügbare Einkommen, also diejenigen Einkommen, die der private Haushalt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und dem Zufluss monetärer Sozialleistungen für den Konsum oder das Sparen verwenden kann. Beide Einkommensarten werden nach dem sogenannten Inländerkonzept ausgewiesen, also für jene Personen, die in der jeweiligen Region wohnen. Allerdings gibt es zahlreiche Personen, die außerhalb des Kreises ihres Wohnorts Einkommen erzielen. Deshalb wurden die Arbeitsentgelte (Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der vom Arbeitgeber zu zahlenden Sozialleistungen) nach dem Inlandskonzept in die Untersuchung einbezogen; dadurch erhält man Informationen über die in der jeweiligen Region gezahlten Löhne auch für Personen, die nicht in dieser Region wohnen. Daten über die Selbständigen-einkommen nach dem Inlandskonzept gibt es allerdings nicht; diese Einkommen machen aber gesamtwirtschaftlich nur 15 % des gesamten Primäreinkommens aus. Auf die Arbeitnehmerentgelte entfallen dagegen reichlich 70 % – sie geben deshalb auch Hinweise auf die regionale Wirtschaftskraft.² Über die Bundesländer stehen deutlich mehr Informationen – z. B. über die einzelnen Einkommensarten – und auch etwas aktuellere Angaben zur Verfügung.

Bei der Ermittlung der Einkommensgrößen stützt sich die regionale VGR auf Daten der Steuerstatistiken (Lohnsteuerstatistik, Einkommensteuerstatistik, Umsatzsteuerstatistik); zudem werden auch regionalisierte Angaben der Sozialversicherungsträger, die Personalstandsstatistik für den öffentlichen Dienst oder andere Zweigstatistiken einbezogen. Auch gibt es Abgleichungen der Einkommensverteilung mit anderen Größen der regionalen VGR.³

Um Einkommensunterschiede zu ermitteln, gibt es eine Reihe von Kennziffern. Herangezogen wurde hier der Ungleichheitskoeffizient nach Hoover. Das ist eine bewährte Kenngröße, mit der die Abweichungen von einer Gleichverteilung – etwa der Einkommen zwischen den Regionen – berechnet werden können.⁴ So bedeutet ein Wert von 10 %, dass ein Zehntel der Einkommen unter den Regionen eines Gebietes umverteilt werden muss, damit in allen Regionen das Einkommen gleich ist.

Als Gewichtungsgröße zur Ermittlung der Einkommenspositionen musste die Zahl der Einwohner zugrunde gelegt werden. Dies ist ein Nachteil gegenüber den auf Haushaltsumfragen basierenden Einkommensuntersuchungen, bei denen üblicherweise die Haushalte in den Fokus genommen und die Einkommen gemäß der Haushaltsgröße und -zusammensetzung äquivalenzgewichtet werden. Bei einer reinen Pro-Kopf-Betrachtung schneiden regionale Einheiten mit einer überdurchschnittlichen Haushaltsgröße vergleichsweise schlecht ab, weil die mit zunehmender Haushaltsgröße verbundene Kostendegression nicht berücksichtigt wird. Inwieweit dies die Ergebnisse der vorliegenden Analyse verzerrt, lässt sich nicht bestimmen, da es in Deutschland keine regional gegliederten Angaben über die Größe und Zusammensetzung von Haushalten gibt. Das kann nur in einer Großerhebung ermittelt werden.

1 Für eine tiefer als üblich regional differenzierende Analyse anhand der Daten des sozio-oekonomischen Panels, bei der Deutschland in vier Regionen aufgeteilt wird, vgl. Joachim R. Frick und Jan Goebel: Regional Income Stratification in Unified Germany. Using a Gini Decomposition Approach. DIW Discussion Papers, Nr. 540, Dezember 2005.

2 Der dritte Bestandteil der Primäreinkommen – die Vermögens-

einkommen – sind naturgemäß vom Ort ihrer Entstehung her nicht zu erfassen.

3 Vgl. ausführlich hierzu Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“: Methodenbeschreibung. O. O. 2005.

4 Einen Überblick über Ungleichheitsmaße gibt Götz Kluge: Die Mathematik der Ungerechtigkeit (<http://poorcity.richcity.org/ent7828.htm>).

bei den Primäreinkommen nach dem Wohnort und bei den Arbeitsentgelten nach dem Arbeitsort verweist (Abbildung 1). Das Pendeln nimmt offenbar zu, denn der Unterschied zwischen beiden Koeffizienten wächst in der Tendenz.

• Konjunkturelle Einflüsse dürften ebenfalls eine Rolle spielen. In welcher Weise sie wirken, lässt sich anhand der vorhandenen Daten, zumal sie nur einen kurzen Zeitraum umfassen, nicht überprüfen. Jedenfalls scheinen bei einer

konjunkturellen Aufwärtsentwicklung die regionalen Unterschiede zu wachsen und in einer Schwächephase abzunehmen. Das gilt mehr für die Primäreinkommen als für die verfügbaren Einkommen. Bei den Arbeitnehmerentgelten wurde durch die konjunkturelle Schwäche nach 2001 indes lediglich das Tempo des Zuwachses bei der regionalen Ungleichheit gebremst. Zudem zeigt sich, dass Veränderungen der Ungleichheit bei den Primäreinkommen deutlich schwächere Veränderungen der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen nach sich ziehen. Offenbar macht sich auch in regionaler Hinsicht die Wirkung der sog. automatischen Stabilisatoren bemerkbar, also konjunkturabhängige Veränderungen der sozialen Transfers.

- Wie stark in Deutschland eine Ausgleichspolitik auch unter den Landkreisen wirksam ist, kann am Niveau der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen abgelesen werden. Gerade einmal weitere 5 % des verfügbaren Einkommens wären umzuverteilen, um unter allen Kreisen Einkommensgleichstand herzustellen. Dabei wurden von den Primäreinkommen (Hoover-Ungleichheitskoeffizient von 8 %) schon knapp 40 % regional umverteilt.

Die Unterschiede zwischen den Primäreinkommen und den verfügbaren Einkommen unter den einzelnen Kreisen sind in Abbildung 2 dargestellt. Danach ist die Differenz – bei durchaus nicht geringen Abweichungen – erwartungsgemäß in denjenigen Kreisen am größten, die die höchsten Primäreinkommen je Einwohner erzielen. Es gibt sogar Kreise, in denen das verfügbare Einkommen das Primäreinkommen übersteigt, also die gezahlten Steuern und Sozialabgaben in der Summe geringer sind als die empfangenen monetären Sozialleistungen. Solche Kreise finden sich vor allem in Ostdeutschland (Abbildung 3), wenngleich es hier auch Kreise gibt, die beim Einkommen durchaus mit westdeutschen Regionen mithalten können. Die Spitzenstellung nimmt im Osten der Landkreis Potsdam-Mittelmark ein. Allerdings gibt es auch in den alten Bundesländern Kreise oder kreisfreie Städte mit einem negativen Wert bei der Differenz von Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen (Bremerhaven, Pirmasens und Lüchow-Danzenberg).

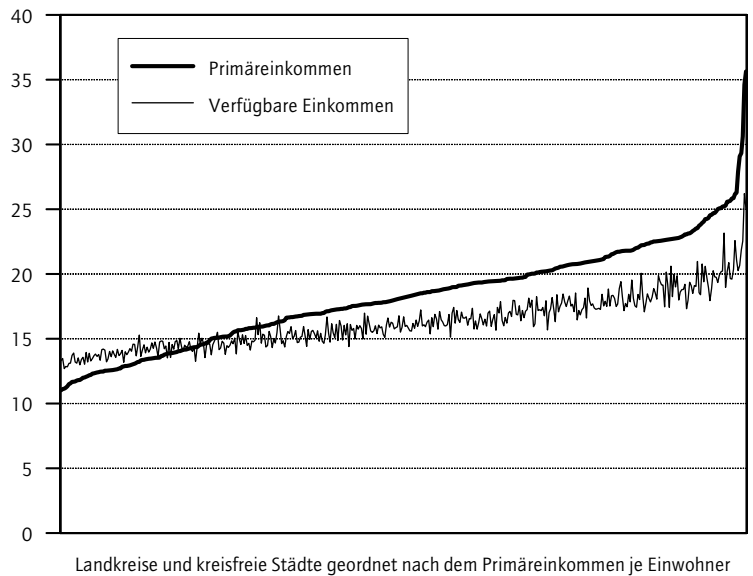
Einkommensunterschiede zwischen den Bundesländern stärker ausgeprägt als zwischen den Kreisen

Hinsichtlich der Primäreinkommen ist die Einkommensungleichheit zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich größer als zwischen den Kreisen (Abbildung 4). Bei einem Vergleich der Bundes-

Abbildung 2

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen in den Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahre 2003

Jahreseinkommen je Einwohner in Tsd. Euro



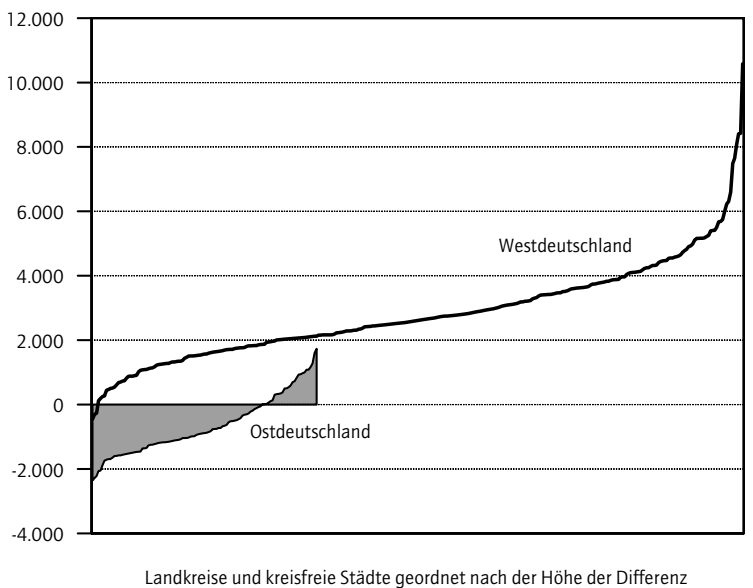
Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3

Differenz zwischen Primäreinkommen und verfügbarem Einkommen in den Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahre 2003

Einkommensdifferenz je Einwohner in Euro



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 2

Primär- und verfügbares Einkommen nach Bundesländern

Jahreseinkommen je Einwohner in Euro

	Primäreinkommen	davon			Verfügbares Einkommen	Primäreinkommen abzügl. verfügbares Einkommen	Nachrichtlich: Arbeitnehmerentgelt der im jeweiligen Land Wohnenden abzügl. des Arbeitnehmerentgelts der dort Beschäftigten
		Arbeitnehmerentgelt	Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen	Saldo der Vermögens-einkommen			
1993							
Baden-Württemberg	17 774	12 952	2 912	1 909	14 410	3 364	-290
Bayern	17 395	12 721	3 078	1 595	14 166	3 229	45
Berlin	14 742	11 196	2 168	1 378	12 945	1 797	-706
Brandenburg	10 528	8 683	1 168	677	10 279	249	870
Bremen	18 160	11 995	2 579	3 587	16 309	1 851	-4 637
Hamburg	19 017	12 549	3 204	3 263	15 932	3 085	-5 112
Hessen	16 963	12 873	2 655	1 435	13 667	3 296	-529
Mecklenburg-Vorpommern	9 591	7 903	1 180	508	9 563	27	328
Niedersachsen	15 856	11 870	2 664	1 322	13 421	2 435	923
Nordrhein-Westfalen	16 851	12 048	2 756	2 047	14 297	2 554	-128
Rheinland-Pfalz	15 740	11 980	2 500	1 261	13 209	2 531	1 381
Saarland	13 845	11 074	1 915	857	12 345	1 500	-172
Sachsen	9 323	7 736	1 060	527	9 785	-461	119
Sachsen-Anhalt	9 345	7 791	1 063	492	9 630	-285	305
Schleswig-Holstein	16 630	12 449	2 973	1 208	13 831	2 799	1 822
Thüringen	9 478	7 940	1 079	459	9 735	-258	521
Deutschland	15 545	11 554	2 480	1 512	13 270	2 276	7
1998							
Baden-Württemberg	19 914	13 914	3 355	2 645	16 090	3 824	-340
Bayern	19 461	13 722	3 587	2 152	15 801	3 660	-5
Berlin	15 784	11 560	2 586	1 638	13 749	2 035	-900
Brandenburg	13 496	10 808	1 698	990	12 891	605	1 319
Bremen	19 139	12 200	2 858	4 081	17 333	1 806	-5 045
Hamburg	20 550	12 964	3 765	3 820	17 015	3 535	-5 522
Hessen	18 619	13 537	3 098	1 984	14 990	3 629	-663
Mecklenburg-Vorpommern	12 318	9 781	1 789	747	12 075	243	480
Niedersachsen	17 239	12 534	2 908	1 798	14 704	2 535	941
Nordrhein-Westfalen	18 682	12 780	3 090	2 812	15 799	2 883	-179
Rheinland-Pfalz	17 396	12 849	2 891	1 657	14 631	2 766	1 437
Saarland	15 891	12 111	2 439	1 340	14 095	1 795	-302
Sachsen	12 178	9 732	1 612	834	12 567	-390	131
Sachsen-Anhalt	11 880	9 553	1 613	713	12 241	-361	514
Schleswig-Holstein	18 212	13 078	3 443	1 691	15 276	2 936	1 843
Thüringen	12 435	10 024	1 695	716	12 479	-44	716
Deutschland	17 539	12 560	2 919	2 060	14 957	2 582	-10
2003							
Baden-Württemberg	22 377	15 450	3 272	3 654	18 417	3 960	-470
Bayern	21 275	14 978	3 536	2 760	17 501	3 773	-87
Berlin	15 937	11 793	2 555	1 589	14 660	1 277	-1 224
Brandenburg	14 524	11 737	1 647	1 140	14 445	79	2 173
Bremen	21 158	13 132	2 995	5 030	19 465	1 693	-5 907
Hamburg	22 739	14 011	3 683	5 045	18 997	3 742	-5 793
Hessen	20 964	14 837	3 148	2 980	17 215	3 749	-925
Mecklenburg-Vorpommern	13 298	10 636	1 834	828	13 745	-447	875
Niedersachsen	18 700	13 471	2 895	2 334	16 422	2 279	921
Nordrhein-Westfalen	20 465	13 834	3 090	3 541	17 747	2 718	-172
Rheinland-Pfalz	18 962	14 077	2 877	2 008	16 263	2 699	1 706
Saarland	18 109	13 516	2 557	2 036	16 272	1 837	-370
Sachsen	13 609	11 051	1 636	922	14 515	-906	400
Sachsen-Anhalt	13 128	10 665	1 671	792	14 078	-949	989
Schleswig-Holstein	18 964	13 553	3 379	2 033	16 541	2 424	1 719
Thüringen	14 050	11 416	1 704	930	14 376	-326	1 162
Deutschland	19 305	13 720	2 917	2 668	16 842	2 463	-1

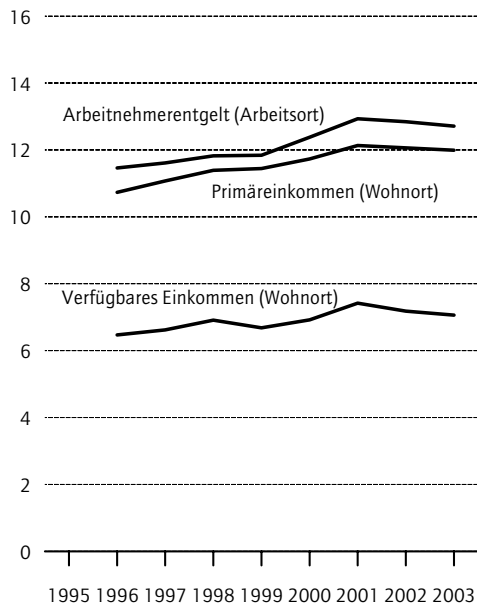
Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 4

Entwicklung regionaler Einkommensungleichheit zwischen den Bundesländern

Hoover-Ungleichheitskoeffizient in %



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2006**

länder schlagen naturgemäß die großen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern stark zu Buche.⁷ So liegen die neuen Bundesländer bei den Primäreinkommen – bei geringen Unterschieden untereinander – weit abgeschlagen hinter den alten Ländern (Tabelle 2). Besonders groß sind die Rückstände bei den Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und bei den Vermögenseinkommen. Bei den Löhnen hat sich Ostdeutschland am weitesten dem Westen genähert – wenngleich der Abstand noch immer groß ist.

Nur wenig größer als bei den Primäreinkommen sind die Einkommensungleichheiten unter den Bundesländern bei den Arbeitnehmerentgelten, da das Pendeln von Beschäftigten über Landesgrenzen weniger häufig ist als das Pendeln über Kreisgrenzen. Entsprechend trägt es auch weniger zu einem Einkommensausgleich unter den Ländern bei. Der Tendenz nach hat aber auch das länderübergreifende Pendeln zugenommen. Besonders ausgeprägt ist es erwartungsgemäß bei den Stadtstaaten. So wohnten in Bremen Mitte 2004 lediglich knapp 60 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch dort; in Hamburg waren es knapp zwei Drittel und in Berlin reichlich 80 % (Tabelle 3). Dieser Anteil hat gegenüber Mitte 1999 in allen drei Ländern abgenommen; in Berlin fiel dies besonders stark aus, was Ausdruck einer nachholenden Suburbanisierung im Berliner

Raum ist. Aber auch in den anderen Ländern hat der entsprechende Anteil in diesem Zeitraum abgenommen (mit Ausnahme des Saarlandes, wo er konstant geblieben ist). Entsprechend hat ein immer geringerer Teil der Beschäftigten den Arbeitsplatz in dem Land, in dem er wohnt. Dies gilt mehr für die kleineren Länder und weniger für die großen westdeutschen Flächenstaaten. Eine starke Abnahme war insbesondere in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlins) zu verzeichnen. In den alten Bundesländern mit einem relativ hohen Auspendleranteil wie Schleswig-Holstein (wo vor allem nach Hamburg gependelt wird), Niedersachsen (insbesondere nach Hamburg und Bremen) und Rheinland-Pfalz (hauptsächlich nach Baden-Württemberg und Hessen) ist der Auspendleranteil ebenfalls – wenn auch nur leicht – gestiegen. Werden Ostdeutschland und Westdeutschland insgesamt ins Bild genommen, dann gab es 1999 wie auch 2004 kaum Auspendler von West nach Ost; dagegen existierte schon 1999 im Osten ein deutlich größerer Anteil von Pendlern

7 Bei einem Vergleich zwischen den Landkreisen – von denen 326 zu den alten und 113 zu den neuen Bundesländern gehören – reagiert der Hoover-Ungleichheitskoeffizient weniger sensibel, zumal es auch innerhalb der alten und der neuen Bundesländer regionale Einkommensunterschiede gibt.

Tabelle 3

Arbeitsort und Wohnsitz sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Bundesländern

In %¹

	Anteil der in einem Bundesland Wohnenden und Arbeitenden an allen...			
	Beschäftigten mit Arbeitsplatz	Beschäftigten mit Wohnsitz	Beschäftigten mit Arbeitsplatz	Beschäftigten mit Wohnsitz
	in dem Bundesland			
	1999		2004	
Baden-Württemberg	92,6	95,8	92,0	95,6
Bayern	94,8	96,0	94,3	95,7
Berlin	85,3	90,1	81,2	88,2
Brandenburg	89,1	80,5	87,3	74,6
Bremen	61,0	84,2	58,8	83,4
Hamburg	64,5	86,9	63,7	85,9
Hessen	87,9	92,5	86,5	92,0
Mecklenburg-Vorpommern	96,5	90,4	96,3	87,9
Niedersachsen	92,4	87,6	91,4	87,2
Nordrhein-Westfalen	95,2	96,9	94,8	96,5
Rheinland-Pfalz	90,7	82,2	90,0	81,2
Saarland	85,1	93,0	85,1	92,7
Sachsen	95,2	93,4	94,9	91,6
Sachsen-Anhalt	94,6	88,4	93,7	85,0
Schleswig-Holstein	89,1	80,8	87,7	80,1
Thüringen	95,3	87,9	94,3	84,9
Westdeutschland	98,0	99,6	97,7	99,7
Ostdeutschland²	98,6	94,9	98,5	93,1

1 Stand jeweils Ende Juni.

2 Einschließlich Berlins.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 4

Monetäre Sozialleistungen nach Bundesländern

Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen in %

	1991	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Baden-Württemberg	21,5	25,9	27,5	26,9	26,3	26,0	25,4	24,9	26,0	26,3
Bayern	22,9	26,2	27,8	27,7	27,2	26,8	26,4	26,4	27,6	28,2
Berlin	28,1	32,8	35,4	36,6	37,3	37,1	37,3	38,4	40,2	40,5
Brandenburg	37,1	37,7	39,2	40,6	40,8	40,9	40,9	41,2	42,6	42,6
Bremen	26,5	32,8	34,9	33,8	33,0	32,3	31,0	31,0	32,4	32,6
Hamburg	26,8	30,1	31,6	31,0	30,6	29,5	28,4	27,8	29,3	29,6
Hessen	24,8	29,3	31,0	31,1	30,8	30,4	29,9	29,5	30,4	31,0
Mecklenburg-Vorpommern	40,3	39,6	41,4	42,7	42,9	42,6	42,5	43,2	44,7	45,0
Niedersachsen	26,9	30,4	32,1	32,0	31,7	31,3	30,8	30,9	32,0	32,5
Nordrhein-Westfalen	25,3	29,4	31,0	30,7	30,2	29,9	29,4	28,9	30,4	31,0
Rheinland-Pfalz	25,3	29,5	30,8	30,7	30,3	30,1	29,4	29,7	30,8	31,4
Saarland	32,2	35,6	36,7	36,3	35,5	34,6	33,7	33,1	34,6	34,8
Sachsen	42,8	42,4	43,8	45,4	45,3	44,7	44,4	44,6	45,6	45,3
Sachsen-Anhalt	43,0	42,2	44,3	46,2	46,3	46,0	45,9	46,0	47,1	46,6
Schleswig-Holstein	26,5	30,3	31,6	31,6	31,7	31,9	31,8	32,0	33,2	34,0
Thüringen	42,1	40,8	42,9	44,2	43,5	42,4	41,8	41,9	43,5	43,6
Deutschland	26,6	30,4	32,1	32,2	31,8	31,4	31,0	30,8	32,0	32,4

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

in Richtung alte Bundesländer – bis 2004 hat er noch zugenommen.

Das Pendeln von Arbeitnehmern über Landesgrenzen führt naturgemäß dazu, dass manche Länder dadurch Einkommenszuwächse erzielen und andere wiederum Einkommensabflüsse zu verbuchen haben. Besonders stark ist dieser Effekt in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, wo ein enormer Anteil der Löhne „abwandert“ (Tabelle 2). Mehr und mehr trifft das auch auf Berlin zu. Bei den Flächenländern im Westen ist dies auch bei Hessen, Baden-Württemberg sowie dem Saarland der Fall – allerdings in viel geringerem Umfang. Gewinner

sind dort Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In deutlich wachsendem Maße konnten die ostdeutschen Flächenstaaten per saldo Einkommenszuflüsse durch das länderübergreifende Pendeln von Arbeitnehmern erzielen.

Die stärkere Ungleichheit bei den Primäreinkommen zwischen den Bundesländern im Vergleich zu den Kreisen hat auch zur Folge, dass die Unterschiede hinsichtlich der verfügbaren Einkommen unter den Ländern größer sind als unter den Kreisen. Natürlich sorgt auch hier die Verteilungspolitik für einen gewissen Ausgleich, denn die Primäreinkommen sind unter den Ländern ebenfalls um knapp 40 %

Tabelle 5

Regionale Einkommensungleichheit innerhalb der Bundesländer

Hoover-Ungleichheitskoeffizient in %

	Arbeitnehmerentgelte		Primäreinkommen		Verfügbares Einkommen	
	1995	2003	1995	2003	1995	2003
Baden-Württemberg	12,7	12,7	3,6	3,7	3,0	2,8
Bayern	20,3	21,4	6,5	7,7	5,1	5,1
Brandenburg	7,5	9,7	4,4	6,9	2,4	3,4
Hessen	18,4	19,0	5,8	6,9	3,5	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	13,3	14,7	4,6	4,3	2,6	1,9
Niedersachsen	13,1	14,5	4,2	4,8	3,5	3,8
Nordrhein-Westfalen	10,6	11,3	5,1	5,2	3,9	3,8
Rheinland-Pfalz	20,7	20,9	4,3	4,6	3,0	2,8
Saarland	12,8	11,1	2,2	3,9	1,7	3,3
Sachsen	11,1	13,9	4,3	3,0	2,1	1,5
Sachsen-Anhalt	10,5	10,3	3,0	3,2	2,7	1,2
Schleswig-Holstein	10,5	11,3	6,9	6,8	4,5	4,1
Thüringen	11,5	11,7	3,5	2,8	2,4	1,9

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

ungleicher verteilt als jenes Einkommen, das der Bevölkerung im Schnitt an finanziellen Mitteln für den Konsum oder zum Sparen zur Verfügung steht. In erheblichem Maße findet der Ausgleich über die Sozialtransfers statt. Auf die monetären Sozialleistungen entfällt seit Anfang der 90er Jahre der Tendenz nach ein immer größerer Anteil des verfügbaren Einkommens (Tabelle 4). Besonders hoch ist er in den neuen Bundesländern, vergleichsweise gering in den wirtschaftsstarken Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg. In allen Ländern ist der Anteil höher als 1991; in manchen ist er seit Mitte der 90er Jahre indes kaum oder gar nicht gestiegen (etwa in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen) und in einigen seitdem sogar etwas gesunken (Hamburg, Bremen, Saarland). Dramatisch zugenommen hat er in Berlin.

Einkommensungleichheit fällt innerhalb der Flächenstaaten sehr unterschiedlich aus

Mit Blick auf die Ungleichheit bei den Primäreinkommen innerhalb der Länder zeigen sich zwischen ihnen erhebliche Diskrepanzen. Besonders groß sind die regionalen Divergenzen in Bayern, Hessen, Brandenburg und Schleswig-Holstein (Tabelle 5). Mit Ausnahme Schleswig-Holsteins haben sie in diesen Ländern seit Mitte der 90er Jahre noch zugenommen, besonders stark in Brandenburg. Deutlich ungleicher geworden ist die regionale Verteilung der Primäreinkommen auch im Saarland und in Niedersachsen. In Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern – Ländern, in denen die Einkommensunterschiede zwischen den Kreisen schon 1995 eher gering waren – sind die regionalen Divergenzen bei den Primäreinkommen geschrumpft.

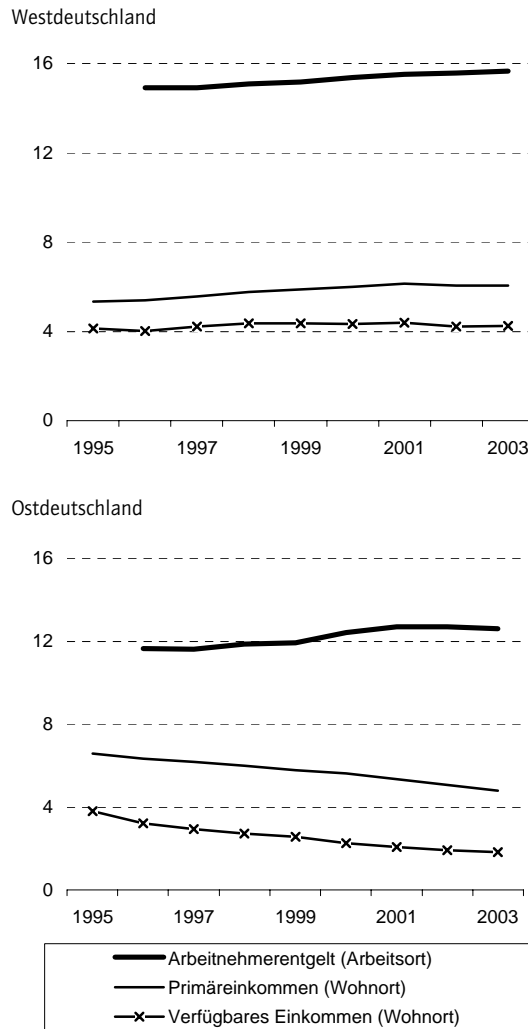
Viel größer sind die regionalen Unterschiede bei den Arbeitnehmerentgelten nach dem Inlandskonzept, was wiederum darauf hindeutet, dass Einkommensunterschiede innerhalb der Länder in erheblichem – und zum Teil auch gestiegenem – Maße durch die Löhne von Pendlern ausgeglichen werden. Besonders stark ist der Ausgleich in Bayern und in Rheinland-Pfalz; er fällt aber auch in anderen Ländern, auch in Ostdeutschland, ins Gewicht. Weniger stark ausgeprägt ist er innerhalb Brandenburgs, von wo aus in beträchtlichem Maße nach Berlin gependelt wird. Gemessen an den Arbeitnehmerentgelten hat in den meisten Ländern die Ungleichheit bei der Wirtschaftskraft zugenommen. Eine nennenswerte Konvergenz gibt es lediglich im kleinen Saarland.

Anders sieht es hingegen bei den verfügbaren Einkommen aus, denn bei ihnen hat die regionale Ungleichheit innerhalb der meisten Länder von 1995 bis 2003 entweder abgenommen oder stagniert.

Abbildung 5

Entwicklung regionaler Einkommensungleichheit innerhalb West- und Ostdeutschlands

Hoover-Ungleichheitskoeffizient in %



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Deutlich gewachsen ist sie lediglich im Saarland und in Brandenburg. In den übrigen ostdeutschen Ländern hat die bereits Mitte der 90er Jahre geringe regionale Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen sogar noch abgenommen, besonders stark in Sachsen-Anhalt, wo es nahezu keine Ungleichheit zwischen den Kreisen mehr gibt.

Einkommensungleichheit innerhalb Ostdeutschlands geringer als innerhalb Westdeutschlands

Waren Mitte der 90er Jahre die Primäreinkommen je Einwohner innerhalb der neuen Länder insgesamt

regional ungleicher als in den alten Ländern verteilt, gilt für das Jahr 2003 das Gegenteil (Abbildung 5). Dabei zeigen sich divergierende Entwicklungen: In Ostdeutschland hat die regionale Ungleichheit bei den Primäreinkommen abgenommen, in Westdeutschland ist sie dagegen gewachsen. Bei den nach dem Arbeitsort ermittelten Arbeitnehmerentgelten hingegen haben sowohl im Osten als auch im Westen die regionalen Unterschiede zugenommen. In den neuen Bundesländern hat sich demnach der regionale Einkommensausgleich auch durch das Pendeln innerhalb Ostdeutschlands verstärkt. In den alten Ländern insgesamt scheint das jedoch kaum der Fall zu sein; hier war der Einkommensausgleich durch Pendler im Jahre 2003 aber noch stärker als im Osten, wie an dem Unterschied zwischen den Ungleichheitskoeffizienten bei den Arbeitnehmerentgelten und dem Primäreinkommen zu sehen ist. Während hinsichtlich der verfügbaren Einkommen die regionale Ungleichheit innerhalb der alten Bundesländer seit Mitte der 90er Jahre etwa stagniert, hat sie in Ostdeutschland deutlich abgenommen. In erheblichem Maße trägt dazu auch die Umverteilung über die Steuern und die Sozialsysteme bei; über sie wird die regionale Ungleichheit bei den Primäreinkommen im Osten zu reichlich 70 %, im Westen zu 30 % ausgeglichen. In den neuen Bundesländern insgesamt gibt es hinsichtlich des verfügbaren Einkommens je Einwohner kaum regionale Unterschiede; es ist kaum vorstellbar, dass sie in der DDR noch geringer waren.

Fazit

Die regionalen Einkommensunterschiede in Deutschland haben der Tendenz nach zugenommen. Die auf Ausgleich orientierte Regionalpolitik erfüllt also ihr Ziel – strebte sie völlige regionale Einkommensgleichheit an – nicht. Offenkundig sind die

Marktkräfte, die auch bei der Verteilung regionaler Wirtschaftskraft ihren Ausdruck finden, stärker. Dies wirft die Frage nach dem Sinn der bisherigen Regionalpolitik auf, bei der brutto hohe Beträge umverteilt werden und trotzdem gegenläufige Effekte eintreten. Dennoch findet ein Regionalausgleich statt, weil andere Mechanismen greifen. Zum einen werden regionale Ungleichheiten in starkem Maße durch die Einkommensbesteuerung sowie über soziale Transfers eingeebnet. Zum anderen wird durch das Regionen übergreifende Pendeln von Arbeitskräften ein Ausgleich geschaffen; dies hat insbesondere von Ost nach West und innerhalb der neuen Bundesländer erheblich zugenommen. Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist das sinnvoll, da so der Markt selbst für einen Ausgleich der regionalen Einkommen sorgt; in ökologischer und gesellschaftspolitischer⁸ Perspektive ist es aber bedenklich. Sehr problematisch ist zweifellos, dass der regionale Einkommensausgleich über die Sozialsysteme immer größer wird. Dies wiederum kann nicht auf eine generell schwache Wirtschaftsentwicklung zurückgeführt werden; vielmehr gibt es Hinweise darauf, dass bei günstiger Konjunktur die regionalen Divergenzen eher zunehmen. Bei einem konjunkturellen Aufschwung könnte der inzwischen hohe Anteil der monetären Sozialleistungen an den verfügbaren Einkommen etwas abnehmen; deren Bedeutung am Regionalausgleich würde aber eher wachsen, wenn der hier beobachtete Trend steigender regionaler Ungleichheit anhält. Erstaunlich ist vor allem die starke regionale Einkommensnivellierung in Ostdeutschland.

⁸ Zum Nutzenverlust durch Pendeln vgl. etwa eine Untersuchung auf Basis der SOEP-Daten: Alois Stutzer und Bruno S. Frey: Stress That Doesn't Pay: The Commuting Paradox. Institute for Empirical Research in Economics, Working Paper No. 151, Zürich 2003.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Christian Dreger and Jürgen Wolters

Investigating M3 Money Demand in the Euro Area: New Evidence Based on Standard Models

Monetary growth in the Euro area has exceeded its target level especially since 2001. Likewise, recent empirical studies did not find evidence in favour of a stable long run relationship between the variables entering the money demand function. Instead the equation appears to be increasingly unstable if more recent data are included. Since the link between money balances and macroeconomic variables seems to have become rather fragile, these results put serious doubts concerning the rationale of monetary aggregates in the monetary policy strategy of the ECB. However, if the analysis is done without imposing a short run homogeneity restriction between money and prices, a stable long run money demand relationship can be identified, where recursively estimated parameters are almost stable. In addition, the corresponding error correction model survives a wide array of specification tests, including procedures for nonlinearities and parameter instability. Hence, the apparent monetary overhang is in line with standard models of money demand behaviour, and is not expected to lead to a rise in inflation.

Discussion Paper No. 561

March 2006

Holger Bonin, Amelie Constant, Konstantinos Tatsiramos and Klaus F. Zimmermann

Native-Migrant Differences in Risk Attitudes

This paper questions the perceived wisdom that migrants are more risk-loving than the native population. We employ a new large German survey of direct individual risk measures to find that first-generation migrants have lower risk attitudes than natives, which only equalize in the second generation.

Discussion Paper No. 560

February 2006

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als PDF-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).



Aus den Personalien des DIW Berlin

Jürgen Schupp zum Honorarprofessor ernannt

Dr. Jürgen Schupp, Survey-Manager des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und stellvertretender Leiter der Abteilung SOEP am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ist am 7. März 2006 vom Präsidenten der Freien Universität Berlin zum Honorarprofessor am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften ernannt worden.

Die FU Berlin begründet ihre Entscheidung mit Jürgen Schupps herausragenden wissenschaftlichen Leistungen in verschiedenen Bereichen der empirischen Sozialforschung, u. a. Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und Familie. Er ist der Freien Universität durch sein langjähriges Engagement als Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie in besonderer Weise verbunden; mit sehr großem Erfolg hat er eine Vielzahl von Studenten in die Analyse von Paneldaten eingeführt und mit den Methoden der empirischen Sozialforschung vertraut gemacht. Die Honorarprofessur ermöglicht es, die bestehenden guten Lehr- und Forschungs Kooperationen zwischen dem Institut für Soziologie und dem DIW Berlin weiter zu intensivieren. Zur Zeit ist Jürgen Schupp Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst und analysiert auf Basis der SOEP-Daten die Bedeutung von Persönlichkeitsmerkmalen (Vertrauen, Fairness, Reziprozität) für individuelle Auf- und Abstiegsprozesse.

Jürgen Schupp studierte in Mainz und Frankfurt a.M. Volkswirtschaftslehre und Soziologie. 1983 schloss er sein Studium an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main als Diplom-Soziologe ab. Nach dem Studium arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Frankfurt im DFG-Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“. Ende 1984 wechselte er zum Teilprojekt „Sozio-oekonomisches Panel“, das vom damaligen Präsidenten Hans-Jürgen Krupp am DIW Berlin angesiedelt wurde. Es folgten verschiedene Forschungsaufenthalte in den USA und Großbritannien. 1994 wurde er an der Ruhr-Universität Bochum mit einer von Gert G. Wagner, dem Leiter des SOEP, betreuten Dissertation zum Thema „Teilzeitbeschäftigung im sozialen Wandel“ promoviert. Jürgen Schupp ist als Survey-Manager insbesondere für die Weiterentwicklung der Erhebungsinstrumente des SOEP zuständig.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

on the fly GmbH
Adalbertstraße 7–8
10999 Berlin